

Alfred Weinzierl / Klaus Wiegrefe (Hg.)

Acht Tage, die die Welt veränderten

Die Revolution in
Deutschland **1989/90**



DVA

SPIEGEL
BUCHVERLAG

Alfred Weinzierl / Klaus Wiegrefe (Hg.)

Acht Tage, die die Welt veränderten

Die Revolution in
Deutschland **1989/90**



Alfred Weinzierl und Klaus Wiegrefe (Hg.)

Acht Tage,
die die Welt veränderten
Die Revolution in Deutschland **1989/90**

Mit Beiträgen von

Stefan Berg, Martin Doerry, Konstantin von
Hammerstein, Jürgen Kremb, Dirk Kurbjuweit,
Gunther Latsch, Jürgen Leinemann,
Cordt Schnibben, Hans-Ulrich Stoldt,
Peter Wensierski, Heinrich August Winkler

Deutsche Verlags-Anstalt

1. Auflage
Copyright © 2015 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
und SPIEGEL-Verlag, Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Typografie und Satz: DVA/Brigitte Müller
Gesetzt aus der Galliard
Grafiken: DER SPIEGEL
ISBN 978-3-641-15462-2

www.dva.de

INHALT

Vorwort

EINLEITUNG

Die eigensinnige Republik

KAPITEL 1

7. Mai 1989: Amtlich gefälscht

»Schön, ich gab die DDR weg«

KAPITEL 2

30. September 1989: Mit Fackeln in der Scheune

Tage wie in Trance

KAPITEL 3

9. Oktober 1989: Die Macht der Straße

»Ich kenne die DDR nicht«

Die unbemerkten Helden

KAPITEL 4

4. November 1989: »Vorwärts nach hinten«

»Es lag etwas in der Luft«

Volten im Wendejahr

KAPITEL 5

9. November 1989: Das Puzzle der Einheit

Die Nacht der Wildschweine

KAPITEL 6

15. Januar 1990: Die Schuld der anderen

»Verkrüppelt und gezeichnet«

»Ich bin ein armer Mann«

KAPITEL 7

18. März 1990: Der Kampf des Kanzlers

KAPITEL 8

31. Mai 1990: Falsche Freunde

»Es ging um den Jackpot«

KAPITEL 9

1848–1918–1989: Drei deutsche Revolutionen

ANHANG

Kommentar I:

Die Gelegenheit ist günstig

Kommentar II:

Meinungen, ein wenig verschieden

Autorenverzeichnis

Verzeichnis der Originaltexte

Personenregister

Vorwort

Wann ist eine Revolution eine Revolution? Wenn ein Herrscher ermordet wird? Oder wenigstens ins Exil verbannt? Wenn Blut vergossen wird in dramatischer Menge? Oder Helden sterben für die gute Sache?

Es hat im vergangenen Vierteljahrhundert große Umwälzungen gegeben. In Rumänien endete die Diktatur Nicolae Ceaușescus mit dessen Hinrichtung. In Südafrika stürzte, nach jahrzehntelangem Kampf, das Apartheid-Regime. Jugoslawien, dieses Vielvölker-Konstrukt, zersplitterte in seine Einzelteile. In Libyen befreite sich das Volk von seinem Tyrannen Muammar al-Gaddafi, in Ägypten im selben Jahr von Husni Mubarak – und die Liste ließe sich leicht fortsetzen. Gemein war diesen Veränderungen, dass sie tausendfach Tod brachten, Vertreibung, Leid.

Im Herbst 1989 geschah hingegen etwas, das in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht: Ein Volk steht auf gegen seine Unterdrücker, erst zaghaft tastend, dann vielstimmig fordernd, die Machthaber taumeln für eine Weile, ergeben sich dann dem Schicksal ihrer Selbstabschaffung. Und es fällt kein einziger Schuss.

Die Bürger eines Landes – Mittelpunkt des Kalten Krieges, Nahtstelle zwischen den atomar hochgerüsteten Blöcken – entledigen sich ihrer Fesseln, ihrer Bestimmer, ihrer Drangsalierer. Und es fließt kein einziger Tropfen Blut.

Die Menschen in der DDR haben etwas geschafft, für das ein Begriff erst erfunden werden musste: eine friedliche Revolution. Seitdem gibt das Geschehene zwischen Ostsee und Erzgebirge anderen gepeinigten Völkern Hoffnung.

Auch 25 Jahre danach fasziniert die Revolution im zweiten deutschen Staate gleichermaßen Beteiligte, Unbeteiligte und Nachgeborene. Wie

konnte es sein, dass ein Spitzelsystem, das von seinen Bürgern alles zu wissen schien, so apathisch, so ohnmächtig den Zeitläuften zuschaute? Wie konnte es sein, dass ein zur Gewalt neigendes Regime, dem hunderte Menschen an der Mauer zum Opfer gefallen waren, wehrlos war gegen den friedfertigen Protest der Straße?

Zahlreiche Historiker haben sich diese Fragen gestellt. Weitgehend einig sind sie sich in der Analyse, dass es kein Einzelereignis gab, das den Zusammenbruch der DDR verursachte. Der Niedergang des selbsternannten Arbeiter- und Bauernstaates wird vielmehr als ein Prozess gesehen, mit etlichen Schritten, die am Ende des Weges zur Deutschen Einheit führten.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Mauerfalls haben Reporter des SPIEGEL diese Schritte in einer großen Serie nachvollzogen. Jeder Serienteil steht für einen Tag, an dem der Lauf der innerdeutschen Geschichte eine Wendung nahm oder mächtig Fahrt entwickelte. »Sieben Tage, die die Welt veränderten«, unter diesem Titel erschienen im SPIEGEL die Etappen zur Auflösung der DDR: von der landesweiten Fälschung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 zur Reise der Prager Botschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik am 30. September, von der ersten großen Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober zum Massenprotest auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz am 4. November, von der Öffnung der Grenze am 9. November zur Erstürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 und schließlich zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März.

Für dieses Buch haben wir ein weiteres Kapitel geschrieben, um den Bogen zur Wiedervereinigung zu schlagen. Es handelt vom 31. Mai 1990, an dem der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow der Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zustimmte – weshalb dieses Buch nun von »acht Tagen« erzählt, die die Welt veränderten.

Das Konzept der Reportagen, den Leser in die wohl spannendsten und bewegendsten Monate der jüngeren deutschen Geschichte zu führen, reichern wir an mit dem Nachdruck von zahlreichen Berichten,

Interviews und historischen Recherchen, die zwischen 1989 und 2009 im SPIEGEL zur Wende erschienen – und die wir, wo nötig, aktualisiert haben. Darunter sind Gespräche mit Michail Gorbatschow und Condoleezza Rice, der damaligen Osteuropa-Beraterin von US-Präsident George H. W. Bush und späteren Außenministerin der USA, sowie Interviews mit dem britischen Historiker Timothy Garton Ash und mit dem ehemaligen SPIEGEL-Redakteur Ulrich Schwarz, der den Niedergang der DDR als Korrespondent in Ost-Berlin erlebte.

Außerdem haben wir Heinrich August Winkler, emeritierter Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, gebeten, die Geschehnisse von 1989 zu vergleichen mit den wichtigsten Aufständen in der modernen Geschichte Deutschlands – jenen von 1848 und jenen von 1918. In seinem Beitrag analysiert er Gemeinsamkeiten und Unterschiede von drei deutschen Revolutionen.

Als Herausgeber möchten wir uns bei allen bedanken, die zum Gelingen dieses Buches beigetragen, die früher veröffentlichte Texte noch einmal überarbeitet haben, die sich 25 Jahre nach dem Mauerfall noch einmal auf Spurensuche begeben haben, aber vor allem bei Angelika Mette, Heiko Buschke und Johannes Eltzhig für die redaktionelle Betreuung.

In diesem Jahr wird es wieder etwas Großes zu feiern geben. Am 3. Oktober 2015 wird das gemeinsame, vereinte Deutschland 25 Jahre alt werden. Ein freudiges Ereignis, das Anlass geben kann, zurückzuschauen auf jene acht Tage, in denen die Weichen gestellt wurden für eine neue Bundesrepublik.

Alfred Weinzierl, Klaus Wiegrefe
Hamburg, im Februar 2015

Einleitung

Die eigensinnige Republik

Die Revolution von 1989 tilgte die DDR von den Landkarten. Aber hat sie auch die Bundesrepublik verändert? Zunächst sah es so aus, als würde alles weitergehen wie gewohnt – bis Angela Merkel kam. Denn heute ist dies ein anderes Deutschland.

Von Dirk Kurbjuweit

Der Westen wird sich den Osten einverleiben und die Früchte der Revolution in Gewinne seiner Unternehmen umwandeln. Von der DDR wird nichts bleiben, ihre Bürger müssen sich fremden Verhältnissen unterwerfen. Es kommt zu einer Übernahme, zu der die Revolutionäre freundlich eingeladen haben, die aber feindlich ausgeführt wird, als Vertilgung, Ausmerzung dessen, was der deutsche Osten einmal war. Die Bundesrepublik wird sich schlicht ausdehnen, und das wird es dann gewesen sein.

Das waren Erwartungen, nachdem die Euphorie der Revolution, die Sekslaune des Mauerfalls am 9. November, verflogen war. Noch schlimmer: Die aufgepumpte Bundesrepublik könne sich rückwärts entwickeln, zu einem neualten Reich des Bösen. Der Schriftsteller Günter Grass sagte im Februar 1990: »Die grauenhafte und mit nichts zu vergleichende Erfahrung Auschwitz, die wir und die Völker Europas mit uns gemacht haben, schließt einen deutschen Einheitsstaat aus.« Grass war für eine Konföderation, und sollte es doch ein Einheitsstaat werden, »wird ihm das Scheitern vorgeschrieben sein«.

An diese Vorschrift hielt sich die Bundesrepublik nicht. Ein Scheitern konnte, wenn nicht alles täuscht, vermieden werden. Aber was ist mit dem anderen Verdacht: Übernahme? Kommerzialiserte Revolution? Haben die mutigen Bürger von Leipzig oder Halle nur das Heer der Konsumenten erweitert, ohne in ihrem neuen Staat politisch etwas zu verändern?

Eine Revolution hat zwei Ziele: Sie will etwas Altes beenden. Und sie will etwas Neues begründen. Ziel eins haben die 89er erreicht, der Staat DDR ist untergegangen. Mit Ziel zwei ist es schwieriger. Die Bundesrepublik hat sich über den Osten gestülpt, das Neue war etwas Altbekanntes, zunächst jedenfalls. Der Westen expandierte nach Osten.

Doch nun, 25 Jahre nach dem Mauerfall, zeigt sich, dass dies nicht die ganze Geschichte ist. Die Revolution hat auch etwas Neues möglich gemacht, eine andere Bundesrepublik. Zwar sind die Institutionen geblieben, zwar herrscht die westdeutsche Wirtschaft über das gesamte Land, aber da ist noch eine andere Strömung. Kann es sein, dass die Bundesrepublik, die doch seit 1949 Richtung Westen blickte, seit einigen Jahren östlicher geworden ist?

Nichts hat dazu mehr beigetragen als die Bundeskanzlerin aus dem Osten, Angela Merkel. Sie ist eine Demokratin, eine Freundin der Freiheit, sie hat nicht eine große DDR geschaffen, aber sie führt dieses Land so, dass man sich hier und dort an die DDR erinnert fühlen kann.

Eine Diktatur fürchtet den offenen Diskurs, den Streit, und lebt von der Fiktion der Einigkeit. Der Herrscher oder die Partei behauptet, den Volkswillen zu exekutieren, und da der einheitlich sein soll, stehen alle unter Konsenszwang. Stille im Land gilt als Zustimmung. Mit diesem System ist Merkel aufgewachsen.

Elemente davon finden sich in ihrem Politikstil wieder. Offener Streit ist ihr verhasst, sie stößt keine Diskurse an, sie fühlt sich dann wohl, wenn Stille herrscht. Sie regiert am liebsten mit einer Großen Koalition, da sie hier einen breiten Konsens in kleinen Runden herstellen kann. Es ist ruhig geworden in der Bundesrepublik.

Vielen Bürgern gefällt das. Die Ostdeutschen sind es so gewohnt. Den Westdeutschen war das angelsächsische Modell mit den Dualismen und hitzig ausgetragenen Konflikten in der Mehrheit schon früher suspekt. Auch die Franzosen streiten härter als die Deutschen. Mit Merkel haben die Deutschen zu sich gefunden.

Aus Union und SPD hat sie eine neue SED geschmiedet, eine Sozialdemokratische Einheitspartei, die den Sozialkonsens üppig bedient, mit Geld für Familien, für Rentner, mit dem Mindestlohn. Die einzige Partei, die ein bisschen Sympathie für den angelsächsischen Kapitalismus aufbringen konnte – die FDP –, ist beinahe verschwunden.

Während Merkel das DDR-Element der diskursiven Stille in die bundesdeutsche Politik trägt, steht Bundespräsident Joachim Gauck, auch ein Ostdeutscher, für die vernehmliche Dissidenz. Als Pfarrer in Rostock war Gauck kein Widerstandskämpfer, aber doch ein Bürgerrechtler. Deren energischen Freiheitsbegriff trägt er in die bundesdeutsche Politik, auch mit der Botschaft, dass Freiheit erkämpft oder verteidigt werden muss, zur Not mit Waffen.

Den meisten Ärger handelte er sich mit einer Partei ein, deren Wurzeln ebenfalls in der DDR liegen, der Linken, die zum großen Teil aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangen ist und die sich später mit Abtrünnigen der SPD vereinte. Die Linke ist so stark, dass ohne sie keine linke Mehrheit zustande kommt. Die SPD wollte auf Bundesebene bislang aber nicht mit der Linken koalieren. Damit ist eine ostdeutsche Partei dafür verantwortlich, dass eine ostdeutsche Bundeskanzlerin lange an der Macht bleiben und mit ostdeutscher Prägung regieren kann. Will noch einer sagen, dass die Bundesrepublik nach dem Mauerfall die alte Bundesrepublik geblieben ist?

Allerdings hängt dieser Befund stark an Merkel und könnte damit vergänglich sein. Aber auch die Nation hat sich verändert, hat eine neue Mitte gefunden.

Bis 1945 hatten die Deutschen nur 74 Jahre lang in einem gemeinsamen Staat gelebt. Vielleicht fiel es dem Westen der Nation deshalb so leicht, den Gedanken an die Einheit aufzugeben. Konrad Adenauer (CDU), der erste Bundeskanzler, sah das Heil seiner Bundesrepublik bei den Westmächten. Die Stalin-Noten, die zu Beginn der Fünfzigerjahre eine Einheit um den Preis der Neutralität in

Aussicht stellten, nahm er nicht ernst. Die Ostdeutschen waren damit im Stich gelassen.

Die Westdeutschen gingen den Weg nach Westen, und spätestens in den Siebzigerjahren meinten die meisten das Wort »Brüder und Schwestern« nur noch ironisch. Fremdheit war da, wurde aber auch hergestellt. Viele Westdeutsche wollten sich nicht zuerst als Deutsche verstehen, sondern als Europäer, vor allem aus Scham gegenüber der Nazivergangenheit. Ein gängiger Satz war: Ein Brite oder ein Franzose ist mir näher als ein Ostdeutscher. Das klang lässig.

Auf der komfortableren Seite der Mauer fand man die Menschen dahinter mit den Jahren immer merkwürdiger: große Athleten, gedopt natürlich, aber kleinliche Grenzer, alles so spießig, Tempo auf der Autobahn exakt 100, Spitzel überall, und dann noch diese komisch verwaschenen Jeans; leider sind diese armen Leute hinter dem Todesstreifen eingesperrt, aber irgendwie auch ein bisschen freiwillig. In ihren Vorstellungen bastelten die Westler sich einen Ostdeutschen zurecht, der so fremd war, dass man mit dem gar nicht wiedervereinigt sein wollte. Und übersahen dabei, dass Konsumniveau und Freiheitsgrad nicht über tieferliegende Mentalitäten bestimmen, jedenfalls nicht in 40 Jahren alles verändern. Historisch ist das ein Wimpernschlag.

Die Bürger der DDR hatten sich nicht so stark entfremdet, obwohl die SED sie darauf verpflichten wollte. Das Nachbarland im Westen blieb ein Hort der Sehnsüchte und Hoffnungen, nach einem höheren Konsumniveau, nach einem höheren Freiheitsgrad. Nach ihrer Revolution machten sie in Wahrheit keinen Schritt in die totale Fremde. Denn die Bürger aus Ost und West blieben trotz der Trennung in ihrer politischen Mentalität relativ dicht beieinander.

Die Deutschen schätzen einen starken Sozialstaat. In der DDR schaffte er eine Rundumversorgung auf niedrigem Niveau. In der Bundesrepublik ist er nicht so umfassend, bietet aber gleichwohl einen besseren Lebensstandard. Ost und West neigen zum Antikapitalismus.

In der DDR war er systemisch angelegt, in der Bundesrepublik entwickelte sich die Sonderform des Rheinischen Kapitalismus, der weniger freizügig war als das angelsächsische Modell und mehr Staatseinfluss zuließ.

Der jüngst verstorbene Historiker Hans-Ulrich Wehler hat herausgearbeitet, dass es schon im Deutschland des 19. Jahrhunderts den Wunsch nach einem »socialen Königtum« gab. Die Hoffnungen richteten sich auf den starken Staat, nicht auf das Individuum. Das ist der entscheidende Unterschied zu Briten oder Amerikanern.

Die Deutschen haben einen pazifistischen Zug, der sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs auf beiden Seiten der Grenze entwickelt hat. In der DDR und in der Bundesrepublik entstanden besonders aktive Friedensbewegungen.

Die Deutschen frönen, bei aller Faszination gegenüber dem Amerikanischen, dem Antiamerikanismus. In der DDR war er staatlich verordnet, aber die Bürger wussten selbst, dass US-Raketen ihr Land verwüsten würden, wenn ein Krieg ausbräche. In der Bundesrepublik mischten sich in die Hassliebe zum großen Bruder antikapitalistische und pazifistische Elemente.

Interessant ist, dass diese vier Grundhaltungen – Sozialstaatsliebe, Pazifismus, Antikapitalismus und Antiamerikanismus – der Programmatik der Linken entsprechen, die damit zur urdeutschen Partei wird. Sie kann jedoch bundesweit keine Mehrheiten erringen, weil sie ihre Standpunkte mit einer nichtdeutschen Haltung vertritt: radikal.

Mit ihrer radikalen Kapitalismuskritik hat es Saha Wagenknecht allerdings geschafft, ein Medienstar zu werden. Im Zuge der Finanzkrise gewann sie die Sympathie von Leuten, die mit der Linken sonst wenig zu schaffen haben wollen. Auch Wagenknecht ist ein starkes Ostelement in der deutschen Politik.

Natürlich kamen viele Ostdeutsche mit der marktwirtschaftlichen Ordnung zunächst schlechter zurecht als ihre Mitbürger, und vielleicht

können sie in ihren Restaurants noch immer nicht gut kochen, wie Berliner (West) nach ihren Wochenendfahrten durch Brandenburg gern beklagen, aber das wächst sich aus. Grundsätzlich passt man gut zueinander.

Die DDR wäre – von der Mentalität und den Werten her – mit Großbritannien weit schwieriger zu vereinen gewesen. Das gilt auch für die Bundesrepublik. Man hat sich im Westen damals den Briten näher gefühlt, war aber in den tieferen Schichten so deutsch, wie ein Deutscher eben ist.

Weil Sozialstaatsliebe und Antikapitalismus in der ostdeutschen Bevölkerung noch tiefere Wurzeln haben als im deutschen Westen, sind diese Strömungen in der Bundesrepublik insgesamt stärker geworden. Alle vier Grundhaltungen zusammen ergeben das Bild einer immer noch romantischen Nation, die sich fernhalten will von den Händeln und Härten einer kalten Welt. Merkel ist die passende Kanzlerin dazu, weil sie schon und schützt, weil sie meist das tut, was ihre Nation von ihr erwartet.

Die Revolution von 1848 war in ihrer späten Phase auch eine nationale Revolution, wie schon die von 1848. Auch damals verbanden Bürger die Gedanken von Freiheit und Demokratie mit deutscher Einheit. Sie scheiterten, da der preußische König keinem demokratischen Deutschland vorstehen wollte. Es ging noch gut 20 Jahre weiter mit der Kleinstaaterei.

Die 89er waren schon am 3. Oktober 1990 am Ziel, seither ist dies der Tag der Einheit. Danach war die Frage, ob sich die Ängste von Intellektuellen wie Günter Grass erfüllen würden: Rückkehr zum Nationalismus und Militarismus, zur deutschen Dominanz über Europa.

Nationalismus: Was die Westdeutschen von den Ostdeutschen lernen konnten, war unter anderem das Fahنشwenken. In der DDR gehörte es bei den Paraden dazu, in der Bundesrepublik machte man es allenfalls bei Länderspielen im Stadion, aber auch da nur schüchtern.

Die Fußball-WM von 2006 wurde dann zum Fest in Schwarz-Rot-Gold. Die Deutschen feierten als Deutsche, aber sie feierten auch Togo oder Brasilien. Das Fahنشwenken war nicht dumpf wie in alten Zeiten, sondern fröhlich. Wir sind eine Nation fast ohne Nationalismus geworden.

Inseln gibt es, besonders krank in der Terrorgruppe NSU, die Migranten mordete. Dieser Exzess von Fremdenhass entwuchs zwar der ehemaligen DDR, genauso die Renaissance der NPD, aber auch der Westen kann sich nicht als besonders migrantenfreundlich feiern. Auch in diesem Punkt trafen sich die Mentalitäten von Ost und West im Kern.

Militarismus: Die friedlichen 89er haben wohl am wenigsten damit gerechnet, dass sie Deutschland den Weg in Kriege ebneten würden. Aber so war es. Als die Deutschen vereint waren, sahen die Verbündeten in der Nato sie als normale Nation an, mit normalen Pflichten. Die Erwartung an militärisches Engagement wuchs und wächst, gerade in diesen Zeiten.

Die Bundeswehr absolvierte bislang zwei große Kampfeinsätze, auf dem Balkan und in Afghanistan. Wie immer man das bewertet, zu Militarismus oder einem neuen Preußentum hat es sich nicht ausgewachsen. Die Bundeswehr ist eine vorsichtige Armee geblieben, die von der Politik skrupulös eingesetzt wird.

Dominanz über Europa: In der Politik gegenüber der EU ist der wohl atemberaubendste Wandel passiert. Helmut Kohl kämpfte noch für den Euro und die Vereinigten Staaten von Europa und fand, dass jede Mark, die nach Brüssel fließt, den Deutschen nützt. Die alte Bundesrepublik sah sich nicht als vollständiges Gebilde, was sie auch nicht war, sondern als Teil größerer Einheiten, Europa, Nato. Kohl hatte deshalb kein Problem mit dem Gedanken, sein Land in der EU aufgehen zu lassen.

Merkel hat Politik in einer vereinten und damit vollständigen Bundesrepublik gelernt, in einem großen Land, das selbstbewusster

geworden ist. Sie achtet genauer darauf, was deutsches Interesse ist, und dazu gehört ihrer Ansicht nach nicht immer die Solidarität mit den anderen Völkern, vor allem in Gelddingen.

Deutschland dominiert Europa, weil es wirtschaftlich so stark ist, aber sonst ist es stark auf sich selbst bezogen. Es ist kein folgsamer Teil des Westens mehr. Als die Nato Luftangriffe auf Libyen flog, isolierte Merkel ihr Land von allen westlichen Führungsmächten, USA, Großbritannien und Frankreich. Als sich Wladimir Putin die Krim einverleibte, fand er in Deutschland viele Menschen, die Verständnis zeigten.

So ergab sich aus der Revolution alles in allem eine dialektische Bewegung. Die Bundesrepublik machte den deutschen Osten durch Übernahme westlich, wurde in der Folge selbst aber weniger westlich, zum Teil sogar östlicher: durch seine Spitzenpolitiker und deren Verständnis von politischer Kultur, durch eine Verstärkung alter Tendenzen wie Antikapitalismus oder Liebe zum Sozialstaat.

»Der lange Weg nach Westen«, Titel eines Buchs des Historikers Heinrich August Winkler, ist unterbrochen. Zuletzt sind wir sogar ein paar Schritte zurückgegangen. Die Bundesrepublik von 2015 ist nicht so westlich-europäisch wie die von 1989. Das muss nicht schlimm sein, da auch der Westen nicht mehr ein so festes Gebilde ist wie 1989. Solange die Fundamente Freiheit, Friedlichkeit, Demokratie, Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft unangetastet bleiben, hat auch die Bundesrepublik ein Recht auf einen eigenen Weg innerhalb seiner Bündnisse EU und Nato.

Die Revolutionäre von 1989 hatten vielleicht nicht viele dieser Entwicklungen im Sinn. Aber sie haben nicht nur die DDR aus den Landkarten gestrichen, sondern auch die Bundesrepublik verändert.

Revolutionen entstehen aus Eigensinn. Die Leute sind unzufrieden mit dem, was ihnen vorgegeben wird, sie entwickeln eigene Ideen. So war es auch 1989 in Leipzig und anderswo. Es ist wohl nur ein Zufall,

aber 26 Jahre danach leben wir in einem eigensinnigen Land, und das ist neu für die Deutschen der Nachkriegszeit.

Kapitel 1

7. Mai 1989: Amtlich gefälscht

Während sich andere Ostblockstaaten demokratische Reformen leisten, frisiert das DDR-Regime die Ergebnisse der Kommunalwahl in gewohnter Manier – und setzt damit den Startschuss für die friedliche Revolution.

Von Alfred Weinzierl

Die junge Frau mit den roten Locken hatte den aufregendsten, aufsehenerregendsten, riskantesten Tag ihres Lebens hinter sich. Und nun traute Evelyn Zupke ihren Ohren kaum, als sie hörte, was da in den Spätnachrichten des DDR-Fernsehens verbreitet wurde.

Mit der Autorität des »Vorsitzenden der Wahlkommission« verkündete Egon Krenz – das Sakko mittelblau, die Haare mittelgrau – das amtlich gefälschte Ergebnis der Kommunalwahl. Von den Wahlberechtigten hätten 12,2 Millionen für die Einheitsliste der Nationalen Front gestimmt: »Das sind 98,85 Prozent«, schnarrte Krenz.

Ein Erdrutsch, für Ostverhältnisse. Nie zuvor in 40 Jahren DDR-Geschichte war die Marke von 99 Prozent Jastimmen unterschritten worden. Doch diesmal, am 7. Mai 1989, sah sich die Ost-Berliner Scheindemokratie offenbar zu Zugeständnissen genötigt. 1,15 Prozent Gegenstimmen, gut 140 000 Abweichler, das schien also die Marge, die sich dieser kaputte Staat offiziell leisten mochte, sagte sich Evelyn Zupke.

Natürlich war die Wahl eine Farce, wie immer, wenn die Bürger der DDR zur Urne gerufen wurden. Und dennoch war an diesem 7. Mai vieles anders. Denn Evelyn Zupke, damals 27 und Heilerzieherin in einer Ost-Berliner Tagesstätte für behinderte Kinder, hatte nun mehr als einen Verdacht, eine Ahnung vom systematischen Wahlbetrug im Arbeiter-und-Bauern-Staat. Sie hielt an diesem Sonntagabend Beweise

in der Hand, weiße Karteikarten mit Strichlisten, die Arbeit von knapp 200 Mitstreitern des Friedenskreises Weißensee, die ab 18 Uhr bei der öffentlichen Auszählung der Stimmen akribisch mitgeschrieben hatten.

Monatelang hatten sich die Bürgerrechtler vorbereitet auf diesen Tag, das Wahlgesetz studiert, zu Veranstaltungen eingeladen, auf denen Bürger von ihren Wahlerfahrungen berichten konnten. Sie hatten Helfer rekrutiert, den ganzen Bezirk Weißensee nach Hinweisschildern »Wahllokal« durchkämmt, weil eine offizielle Liste der Stimmabgabestellen nicht zu bekommen war. Am Ende hatten sie in 66 von 67 Wahllokalen des Stadtbezirks ihre Beobachter, nur von jenem in der Kunsthochschule wussten sie nicht. »Aber zur Hochschule hatten wir auch keine Verbindungen«, erinnert sich Evelyn Zupke 25 Jahre später, »Studenten gehörten nicht zum oppositionellen Milieu.«

In Zupkes Wohnung hatte der Friedenskreis sein Wahlbüro aufgeschlagen. Bevor die Beobachter dort ihre Karteikarten ablieferten, passierten sie auf der Albertinenstraße einen Pulk von 20, 30 Männern, die auf dem gegenüberliegenden Gehweg auffällig unauffällig herumstanden. Zupke hat sie noch heute vor Augen: »Jeden Moment rechneten wir damit, dass die Stasi uns abführt – aber es passierte nichts.«

Wenn die Sozialarbeiterin, die heute in Hamburg tätig ist, von der Aktion des 7. Mai erzählt, schwingt immer noch ein bisschen Stolz mit. Ihren Drang zum Widerstand hatte sie schon als Oberschülerin entwickelt, zuerst den Staatsbürgerkundeunterricht hinterfragt, dann das Blauhemd der Freien Deutschen Jugend (FDJ) nicht mehr getragen. Sie schlenderte mit einer Plastiktüte aus dem Westen durch ihr Heimatdorf auf Rügen, verweigerte die Wahl 1984. Sie machte eine Fernausbildung zur Heilerzieherin in Berlin, wo Onkel und Tanten lebten, die Westfernsehen empfangen und Rudolf Bahros Dissidentenopus »Die Alternative« auf losen Blättern lasen. Sie zog in die geteilte Stadt und begegnete einem Diakon, der den Friedenskreis

Weißensee gegründet hatte, eine Oppositionsgruppe unter dem Dach und dem Schutz der evangelischen Kirche.

Evelyn Zupke, die Aufsässige von der Insel Rügen, die mit der großen Klappe, hatte endlich Brüder und Schwestern im Geiste gefunden. Menschen, die beim großen Selbstbetrug nicht mitmachen wollten, die Mahnwachen hielten, Flugblätter verteilten, Kontakttelefone unterhielten und die sich, Ende 1988, ein neues Ziel setzten: »die Kommunalwahl zu nutzen, um sie als Scheinwahl zu entlarven«, sagt Zupke.

Dass die 99-Prozent-Ergebnisse geschönt sein mussten, war im Prinzip allen klar. Um den Betrug aber nachweisen zu können, musste man die Stimmanteile eines kompletten Stadtbezirks nachvollziehen können. Denn das war die kleinste Einheit, die veröffentlicht wurde.

In der Ausgabe vom 8. Mai war es so weit. Das *Neue Deutschland* präsentierte das Wahlergebnis für den Bezirk Berlin-Weißensee: 42 007 gültige Stimmen für den Wahlvorschlag, 1011 Stimmen dagegen.

Die Strichlisten auf den Karteikärtchen des Friedenskreises ergaben eine andere Rechnung: Die Wahlbeobachter hatten in den 66 Lokalen 25 797 gültige Dafür-Stimmen notiert sowie 2261 Stimmen dagegen. Nach den offiziellen Zahlen waren also nicht nur 15 000 Bürger aus Weißensee zusätzlich zur Wahl gegangen – es waren auch 1250 Neinstimmen verschüttgegangen. Der Beweis der Fälschung war erbracht.

Und nicht nur in Weißensee. In der gesamten Republik hatten Bürgerkomitees an den Auszählungen teilgenommen. In den Berliner Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg, in Potsdam, Leipzig und Dresden – und überall zeigte sich derselbe Trend: Die Wahlbeteiligung war massiv geschönt und ein Großteil der Neinstimmen dreist unterschlagen worden.

Indem sie den Betrug öffentlich machten, traten die Wahlbeobachter diverser Gruppen – vom »Grünen Netzwerk Arche« über die »Offene Arbeit Weimar« bis zur »Kirche von unten« – in diesen Tagen des Mai

eine Lawine los, die der SED-Staat nicht mehr aufhalten konnte. Sie hatten, so formulierte es der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, ein »Symbol der Unglaubwürdigkeit« dieses Herrschaftsapparats geschaffen. Oder, wie es der Oppositionelle und spätere Grünen-Politiker Werner Schulz ausdrückte, sie hatten den »ersten Spatenstich fürs Grab« gesetzt.

Wie konnte es dazu kommen, ausgerechnet im 40. Lebensjahr der DDR?

Signale aus Moskau

Die Dämmerung des zweiten deutschen Staates, da sind sich Historiker, Politiker und Zeitgenossen inzwischen ziemlich einig, beginnt im März 1985. In Moskau kommt ein Bauernsohn aus dem russischen Kaukasus an die Macht. Er ist mit seinen 54 Jahren für einen Führer des größten Landes der Welt sehr jung. Sein Name: Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Er will die Sowjetunion, diesen maroden, ineffizienten, korrupten Moloch, reformieren. »Perestroika« (Umgestaltung) heißt seine Losung, sie soll die vom Wettrüsten mit den USA ausgemergelte Ökonomie des Landes retten; und sie soll die Gesellschaft, den Umgang der Menschen miteinander, modernisieren – natürlich auf der Basis des Marxismus-Leninismus.

»Wir wollten doch die Sowjetunion erhalten«, wird Gorbatschow zehn Jahre später dem SPIEGEL sagen, »deshalb waren wir angetreten.« Anfangs versetzt der neue erste Mann des Ostblocks, wie er selbst zugibt, »die gesamte Nomenklatur in Aufruhr«. Die Alten im Kreml wollen keine »Glasnost« (Transparenz), sie wollen die Macht nicht teilen, sie fürchten jede Veränderung. »Ich habe gespürt«, so Gorbatschow, »dass die einzige Macht, die uns, die Reformer, unterstützen würde, das Volk ist.« Mit halbwegs freien Wahlen will er die Bürger als Verbündete im Kampf gegen die störrischen Kader gewinnen.

Der Westen ist zunächst irritiert, dann fasziniert. Gorbatschow zieht als großer Reformator um die Welt, wird hofiert und gefeiert. In der DDR vernimmt man seine Appelle mit Erstaunen, Ungläubigkeit, in der herrschenden Riege mit Unverständnis. Im April 1986, auf dem Parteitag der SED, mahnt Gastredner Gorbatschow, Selbstkritik sei »die unerlässliche Bedingung für den Erfolg«.

Doch Erich Honecker, seit 1971 an der Spitze der DDR und ebenso lange gewohnt, die Direktiven aus dem Kreml zu befolgen, tut so, als hätte er den Schuss nicht gehört: »Wir machen bereits seit 17 Jahren Perestroika«, kontert er Gorbatschows Vorstoß.

Die meisten Bürger der DDR müssen Honeckers Replik als Frechheit empfinden. Sie sind in ihrem Land eingesperrt wie in einem Gefängnis. Sie haben keine Rechte, die sie einklagen können. Sie bekommen allenfalls Privilegien von den Herrschenden für Wohlverhalten geschenkt. Über eine Million Haushalte warten auf einen Telefonanschluss, in vielen Städten bildet sich zuweilen ein derart dicker Smog, dass Lautsprecherwagen durch die Straßen fahren und empfehlen, Fenster und Türen geschlossen zu halten. Die Gewässer sind von den Industrieleitungen derart ruiniert, dass die Leute spotten: »In der DDR ist alles grau, nur die Flüsse sind bunt.«

Sanierungsfall DDR

Alter der Industriearüstungen im Jahr 1989

bis 5 Jahre



über 20 Jahre



Quelle: Wirtschaftsatlas 1994

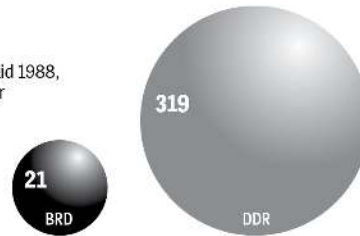


Exportierlös
in D-Mark für eine in der DDR bei der Produktion von Gütern aufgewendete Ostmark

Quelle: Kusch u. a. 1991

Schadstoffemission
Ausstoß von Schwefeldioxid 1988, in Kilogramm je Einwohner

Quelle: Wirtschaftsatlas 1994



Die Parolen vom angeblichen Fortschritt des Sozialismus verfangen Mitte der Achtziger selbst bei jenen kaum noch, die sich mal im besseren, menschlicheren Gesellschaftssystem wähten. Dass Mieten, Grundnahrungsmittel oder Theaterkarten billig sind, dass Krippenplätze obligatorisch und Arbeitsplätze sicher sind, wird vom Volk längst als Selbstverständlichkeit angesehen. Und was nutzt ein Durchschnittseinkommen von knapp 1000 Mark, wenn es in den Geschäften keine attraktiven Waren zu kaufen gibt?

Die hohen Subventionen in den Alltag der Menschen haben ihren Preis: Der Staatskasse fehlt das Geld, in die Infrastruktur zu investieren. Viele DDR-Bürger hadern mit dem Stillstand und dem Verfall ihres Landes. Und einige machen diesen Frust auch öffentlich. Kurz vor dem Parteitag '86 schreibt eine »Initiative Frieden und Menschenrechte«, in der sich Regimekritiker wie Bärbel Bohley, Gerd Poppe und Wolfgang Templin versammelt haben, einen offenen Brief an die SED-Spitze. Es ist eine Totalkritik – und die Aufforderung zu einem »konstruktiven Dialog«.

Doch Honecker will die Signale nicht hören. Er behauptet, das Vertrauen zwischen Volk und Partei sei unerschütterlich. Als 73-Jähriger vertritt er eine Generation, die mit großen Entbehungen aufgewachsen ist, die das Dach über dem Kopf und die warme Mahlzeit noch immer als Errungenschaften preist. Fast alle im betagten Politbüro der DDR – Altersdurchschnitt: 64 Jahre – stammen aus prekären Verhältnissen.

Vielleicht ist Honeckers Ignoranz aber auch nur Ausdruck von Realismus. Vielleicht weiß er, dass Gorbatschows Idee von einem modernen kommunistischen Staat, von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz eine Illusion bleiben wird.

Mindestens so gefährlich wie der gesellschaftliche Reformeifer des Kreml-Chefs ist für die DDR ausgangs der Achtzigerjahre Gorbatschows Aufforderung, die Ostblockstaaten mögen ihre internen

Angelegenheiten nun eigenständig regeln. Der große Bruder greife künftig nicht mehr ein.

Für die Führung in Ost-Berlin hat das dramatische Folgen. Die allmächtige Sowjetunion für die Innenpolitik der DDR verantwortlich machen zu können hatte etwas Entlastendes, lenkte vom eigenen Versagen ab. Seit Gorbatschow aber erkennen die Bürger, dass sie gar nicht mehr Opfer einer Fremdherrschaft sind, sondern es mit der eigenen Regierung zu tun haben. Und diese Bürger wollen jetzt auch das, was ihnen in Polen, Ungarn, sogar in der Sowjetunion vorgelebt wird: den Wandel von einer Gesellschaft, in der die Partei das Wahrheitsmonopol beansprucht, in eine, die sich Menschenrechten und der Partizipation des Volkes nicht länger verschließt.

Der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk hat über die letzten Jahre der DDR ein großes Buch geschrieben. Er hat es »Endspiel« genannt, und er geht von der These aus, dass es die Breite und die Heterogenität der Opposition war, die es dem Regime so schwer machte, den Zorn der Bürger im Keim zu ersticken – und sei es mit Gewalt.

Kowalczuk absolvierte zu Wendezeiten seinen Grundwehrdienst bei der Nationalen Volksarmee, studierte gleich danach Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität und fand in der Aufarbeitung der SED-Diktatur sein Lebensthema. »Überall im Osten bewegte sich etwas«, erklärt er heute, »nur im eigenen Land passierte gar nichts.« Der eigene Stillstand wurde deshalb als Rückschritt wahrgenommen. »Und dann war man auch bereit zu handeln.«

Jeder, der die DDR alter Prägung leid ist, kann in der zweiten Hälfte der Achtziger eine Anlaufstelle finden – die einen in der Kirche, die anderen bei Friedens- oder Menschenrechtskämpfern, und wieder andere bei strengen Antikapitalisten, die einen besseren Sozialismus anstreben. Unter den verschiedenen und sich keineswegs einigen Oppositionsgruppen, so beschreibt es Kowalczuk im »Endspiel«, genießen die Kirchen eine Sonderrolle, »als einzige verbliebene

Großorganisation, die eigenständig und unabhängig von der SED agierte«. Die Kirchen verfügen über eigene Verlage, etwa hundert konfessionelle Buchhandlungen dienen ihnen als Vertriebskanal. Die Kirchenzeitungen unterliegen zwar der Zensur, ihre Autoren sind jedoch regimefern – was den Blättern hohe Aufmerksamkeit sichert, in jeder Richtung.

Wenn die Kirche also so etwas wie die offene, geduldete Gegenstimme im Staate ist, so wirken etliche Bürgerrechtszirkel eher im Untergrund; sie werden von der Staatssicherheit nicht nur bewacht, sondern bekämpft.

Nachrichten aus dem Untergrund

Ende 1985 schließen sich rund zwei Dutzend Oppositionelle, vorwiegend aus Berlin, zur Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) zusammen, und Peter Grimm ist ein Mann der ersten Stunde. Schon als Schüler wehrt er sich »gegen die Restriktionen und die Unterwerfungsrituale« auf dem Weg zum Abitur. Da sein Vater Direktor eines Sägewerks ist, kann er sich seine Aufmüpfung leisten. Grimm weiß: »Auch Lehrer brauchen Holz.«

Der Ton verschärft sich im April 1982, als der damals 17-Jährige sich mit ein paar Freunden zur Beerdigung des Regimekritikers Robert Havemann durchschlägt, obwohl der Friedhof hermetisch abgesperrt ist. Grimm befindet sich nun im Visier der Staatssicherheit, dennoch trifft er sich mit Havemanns Ehefrau Katja. Die Stasi glaubt, ihn wegen des anstehenden Abiturs unter Druck setzen zu können, fordert ihn auf, von seinen Kontakten zu Dissidenten zu berichten. Doch Grimm verweigert die Mitarbeit – und fliegt von der Schule, neun Tage vor den Abiturarbeiten.

Damit scheint klar: Die DDR und Peter Grimm – das wird nichts mehr. Und so ist der junge Mann auch dabei, als ein paar Aktivisten der IFM 1986 die erste Ausgabe der Zeitung *Grenzfall* herausgeben. Das Blatt

erscheint in einer Auflage von nur 50 Exemplaren, die Hauptstory beschäftigt sich mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und der Gefahr, die von DDR-Atommeilern ausgeht. »Wir wollten Präsenz zeigen, Verbindungen knüpfen, über Oppositionsgruppen informieren«, so sieht es Grimm heute.

1987 kommt der *Grenzfall* monatlich heraus, die Auflage kann auf 1000 Exemplare gesteigert werden. Für ein illegales, im Untergrund gedrucktes Magazin ist das beachtlich. Dass im August das ARD-Magazin »Kontraste« über den *Grenzfall* berichtet, sorgt für noch mehr Bekanntheit und Bedeutung – und womöglich für sein Ende.

Am 24. November versucht die Stasi, die Herausgeber in flagranti bei der Herstellung zu erwischen. Sie vermutet die Druckmaschine in den Räumen der Umweltbibliothek in der Berliner Zionsgemeinde. Bei der Erstürmung der Bibliothek finden die Geheimdienstler jedoch keine Hinweise auf den *Grenzfall*. Für die DDR-Führung ist es eine doppelte Pleite: Erstens missglückt der Plan, die Verantwortlichen des Blattes zu belangen. Zweitens hat sie mit der Razzia in Kirchenräumen einen Tabubruch begangen, der den oppositionellen Gruppen weiteren Zulauf beschert.

»Das Signal war damit gesetzt«, erinnert sich Grimm. Wer noch hoffte, dass Gorbatschow das Politbüro in Ost-Berlin zum Einlenken bewegen könnte, ist nun alle Illusionen los. Bürger pilgern zum Zionskirchplatz, wo Mahnwachen gehalten werden, dem IFM bisher fernstehende Oppositionsgruppen solidarisieren sich mit dem *Grenzfall*, auch im Ausland gibt es Proteste gegen den Übergriff – und die Kirche spaltet sich in Loyale und Staatskritiker.

Grimms Versuch, den *Grenzfall* weiterhin regelmäßig herauszugeben, scheitert zwar, weil kaum ein Drucker das Risiko eingehen will. Doch im Prinzip hat das Blatt seine Mission erfüllt. Denn fortan habe es viele Nachahmer gegeben, so Grimm, »und auch die Kirchenleute werden frecher«. In diesen Tagen des Jahres 1987, in denen Ost-Berlins Kirchen voll sind mit Menschen, denen es nicht ums Evangelium geht,